UNIVERSITÄT MANNHEIM

Universität Konstanz

September 2019

# Forschungsbericht

Bild: Jörg Farys

## Vom Klimastreik zur Klimapolitik.

## Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future"-Bewegung und ihrer Ziele

**Sebastian Koos & Elias Naumann**

Exzellenzcluster Politics of Inequality &
Sonderforschungsbereich Political Economy of Reforms

*Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)*
*URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1jdetkrk6b9yl4*

# Zusammenfassung

Seit Monaten erzeugt *Fridays For Future* politischen Handlungsdruck von der Straße. Die protestierenden Jugendlichen haben die Klimakrise ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion gerückt. In diesem Forschungsbericht untersuchen wir die Unterstützung für *Fridays For Future* sowie ihr Potenzial, zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung zu wachsen. Dazu analysieren wir Umfragedaten des German Internet Panels, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die von der Universität Mannheim im Mai 2019 mit ca. 4800 Befragten durchgeführt wurde. Unsere Auswertung zeigt erstens eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die neue Klimabewegung. Diese äußert sich sowohl im Verständnis für die Bewegung als auch im Mobilisierungspotenzial, da viele Befragte unabhängig vom Alter bereit sind, an zukünftigen Demonstrationen teilzunehmen. Zweitens zeigen wir, dass die *Fridays For Future* Bewegung das Bewusstsein der Bevölkerung für die Bedrohung durch den Klimawandel geschärft hat. Damit einher geht bei vielen Befragten eine Veränderung der persönlichen Lebensführung. Insbesondere bei der Unterstützung der Klimabewegung und bei der Wahrnehmung des Klimawandels finden wir jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen den Generationen. Junge Befragte zeigen deutlich mehr Verständnis für die Klimaproteste und nehmen den Klimawandel insbesondere für sich persönlich sehr viel stärker als eine Bedrohung wahr, als dies bei älteren Befragten der Fall ist. Drittens zeigen unsere Ergebnisse, dass es zwar nach wie vor keine Mehrheit für die Einführung einer CO2-Steuer gibt. Allerdings sprechen sich auch nur knapp 40 Prozent der Befragten explizit *gegen* die Einführung einer CO2-Steuer aus. Die öffentliche Meinung stellt also ein deutlich geringeres Blockadepotenzial dar, als bisher vermutet wurde. Bei dieser Frage gehen die Ansichten von Anhängern der politischen Parteien allerdings deutlich auseinander: Insbesondere Anhänger der CDU/CSU, der FDP und der AfD stehen der Einführung einer CO2-Steuer eher ablehnend gegenüber. Diese Heterogenität der Einstellungen und die zu Tage tretenden Konfliktlinien zwischen Jung und Alt sind vermutlich eine Erklärung für das bisher sehr zögerliche Handeln der Politik.

# Die Autoren

**Sebastian Koos** ist Juniorprofessur für *Corporate Social Responsibility* am Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaften und Mitglied des Exzellenzclusters *The Politics of Inequality* der Universität Konstanz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wirtschafts- und Organisationssoziologie, sowie der politischen Soziologie; insbesondere forscht er zu Unternehmensverantwortung, nachhaltigem Konsum, Sozialen Bewegungen und Solidarität. sebastian.koos@uni-konstanz.de

**Elias Naumann** ist *John F. Kennedy Memorial Fellow* 2019-20 am *Center for European Studies* an der Universität Harvard und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 884 „Die Politische Ökonomie von Reformen“ an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte befassen sich mit Fragestellungen der politischen Soziologie und der vergleichenden politischen Ökonomie, und hier insbesondere mit Einstellungen zum Sozialstaat, Umverteilungspräferenzen und prosozialem Verhalten wie Fairness oder Altruismus. eliasnaumann@fas.harvard.edu

# 1. Klimawandel und Schulstreiks für den Klimaschutz

Der Klimawandel findet statt und die durch menschliche Aktivitäten freigesetzten Treibhausgase (wie z.B. CO2) sind die wichtigste Ursache dafür. Das zeigt eine überwältigende Mehrheit der einschlägigen wissenschaftlichen Studien.[1] Damit ist der Klimawandel eine globale gesellschaftliche Herausforderung mit hoher Dringlichkeit.[2] Obwohl internationale politische Verträge Klimaschutz als zentrales Ziel definieren, ist die jeweils nationale Umsetzung dieser Abkommen häufig unzulänglich. So scheinen beispielsweise die Ziele des Pariser Klimavertrages von 2015, nach denen der Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll, kaum noch zu erreichen.[3] In Deutschland gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Klimaschutzorganisationen, die seit vielen Jahren auf die Ursachen und Folgen des Klimawandels aufmerksam machen und einen gesellschaftlichen Wandel und Politikwechsel fordern.[4] Die deutsche Bevölkerung hat dem Problem des Klima- und Umweltschutzes in den letzten Jahren jedoch eine vergleichsweise niedrige Priorität eingeräumt, wie Bevölkerungsumfragen des Umweltbundesamtes belegen.[5]

Das hat sich geändert. Unter dem Motto „Fridays for Future“ hat sich seit Ende 2018 eine globale Jugendbewegung für Klimaschutz gebildet.[6] Inspiriert von Greta Thunbergs „Schulstreik für das Klima“ protestierten in den letzten Monaten weltweit immer mehr SchülerInnen freitags während der Schulzeit, um auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen und weitreichendere Klimaschutzmaßnahmen zu fordern. In Deutschland weiteten sich erste Proteste von SchülerInnen Anfang 2019 schnell im ganzen Land aus. Am 15. März 2019, dem ersten internationalen Aktionstag, fanden in Deutschland 222 „Fridays for Future“-Demonstrationen mit geschätzten 300.000 Teilnehmern statt.[7] In vielen Städten haben sich die Freitagsproteste seitdem institutionalisiert und erhalten Unterstützung durch andere Gruppen wie Studierende, Eltern oder WissenschaftlerInnen.

---

[1] J. Cook, et al, "Consensus on consensus: a synthesis of consensus estimates on human-caused global warming," *Environmental Research Letters* Vol. 11 No. 4, (13 April 2016

[2] Rockström, J. et. Al. (2009). A safe operating space for humanity. Nature, 461(24 September), 472-475.

[3] Siehe beispielsweise den Klimaschutz-Index 2019: https://www.germanwatch.org/de/ksi

[4] Kössler, G. (2013). Die Klimabewegung in Deutschland. In Dietz, M. und Garrelts, H. (Hrsg.) Die internationale Klimabewegung (pp. 185-204). Wiesbaden: Springer VS.

[5] Benthin, R., Gellrich, A., Scholl, G., Holzhauer, B., & Schipperges, M. (2016). Umweltbewusstsein in Deutschland. *Umwelt Bundesamt*.

[6] Unter Sozialer Bewegung verstehen wir hier ganz allgemein das mehr oder minder organisierte Zusammenwirken von kollektiven Akteuren, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen oder aufzuhalten.

[7] Sebastian Haunss, Dieter Rucht, Moritz Sommer and Sabrina Zajak (2019). Germany. In: Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel De Vydt and Joost de Moor (Eds.) (2019). Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities. S. 79.

Die jungen KlimaaktivistInnen haben es innerhalb kurzer Zeit geschafft, eine umfassende gesellschaftliche und politische Debatte über Klimaschutz anzustoßen und bestehende politische Leitlinien, aber auch tradierte Konsummuster grundlegend in Frage zu stellen. Dabei hat die Form des Protests, der Schul- oder Klimastreik, kontroverse Diskussionen über die politische Partizipation von Jugendlichen, die Motive für die Streiks sowie die Dringlichkeit der Klimakrise aufgeworfen. Inhaltlich erregt besonders der Anspruch der Demonstrierenden Widerspruch, auf einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel hinzuwirken, um nationale und internationale Klimagerechtigkeit herbeizuführen. Da diese Debatten so scharf geführt werden, stellt sich die Frage, ob die „Fridays for Future"-Demonstrationen tatsächlich nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen auslösen können. Kann aus Klimastreiks eine neue Politik entstehen, mit Klimaschutz als zentralem Ziel?

Eine wichtige Rolle im politischen Prozess spielen die Einstellungen der Bevölkerung. Die öffentliche Meinung hat das Potenzial, Reformen zu blockieren, da Politiker unpopuläre Reformvorschläge, die Wählerstimmen kosten könnten, normalerweise gern vermeiden. Neben der direkten Auseinandersetzung mit politischen Akteuren übt die Bewegung daher auch über die öffentliche Meinung politischen Einfluss aus. Aber welche Unterstützung hat sie eigentlich? Wandelt sie sich von einer Jugend- zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung? Vermag sie ein Bewusstsein herzustellen, dass der Klimawandel eine Bedrohung darstellt? Und inwieweit ist die Bevölkerung bereit, Forderungen nach Veränderungen des privaten Lebensstils und nach politischen Maßnahmen mitzutragen, etwa in Form einer CO2-Steuer?

## Datengrundlage

Das German Internet Panel (GIP) ist eine Längsschnittstudie, die seit 2014 am Sonderforschungsbereichs "Politische Ökonomie der Reformen" (SFB 884) an der Universität Mannheim durchgeführt wird.

Das GIP basiert auf einer Zufallsstichprobe der Bevölkerung in Deutschland im Alter von 16 bis 75 Jahren. Die Rekrutierung der Ausgangsstichprobe erfolgte offline mit persönlichen Interviews, bei denen die Befragten zum Online-Panel eingeladen wurden. Um sowohl Online- als auch Offline-Bevölkerung zu repräsentieren, werden Befragte ohne Computer- und Internetzugang mit der erforderlichen Ausrüstung ausgestattet. Rekrutierungswellen fanden in den Jahren 2012, 2014 und 2018 statt.

Die von uns verwendete GIP-Welle wurde im Mai 2019 durchgeführt. Insgesamt haben 4824 Befragte an der Befragung teilgenommen. In unsere Auswertungen nehmen wir nur Befragte auf, die gültige Antworten auf alle verwendeten Fragen gegeben haben. Dadurch reduziert sich die Anzahl der Befragten auf 4608 Personen. Um die Repräsentativität der Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnort zu verbessern, verwenden wir für die Analyse Gewichte.

In diesem Beitrag nehmen wir daher die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur „Fridays for Future"-Klimabewegung und ihren Zielen in den Blick. Dazu präsentieren wir Ergebnisse des German Internet Panel, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die von der Universität Mannheim im Mai 2019 mit ca. 4800 Befragten durchgeführt wurde. Neben der allgemeinen Wahrnehmung der Gesamtbevölkerung interessiert uns auch, ob es Unterschiede zwischen sozialen Gruppen im Hinblick auf generationale, regionale und geschlechtsspezifische Merkmale gibt.

Unsere Auswertung zeigt erstens eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die neue Klimabewegung. Diese äußert sich sowohl im Verständnis für die Bewegung als auch im

Mobilisierungspotenzial, da viele Befragte unabhängig vom Alter bereit sind, an zukünftigen Demonstrationen teilzunehmen.

Zweitens zeigen wir, dass die „Fridays for Future“-Bewegung das Bewusstsein der Bevölkerung für die Bedrohung durch den Klimawandel geschärft hat, sowohl für Deutschland als auch für jede/n persönlich. Damit einher geht bei vielen Befragten eine Veränderung der persönlichen Lebensführung. Insbesondere bei den Einstellungen zur Klimabewegung und bei der Wahrnehmung des Klimawandels finden wir jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen den Generationen. Junge Befragte zeigen deutlich mehr Verständnis für die Klimaproteste und nehmen den Klimawandel insbesondere für sich persönlich sehr viel stärker als eine Bedrohung wahr, als dies bei älteren Befragten der Fall ist.

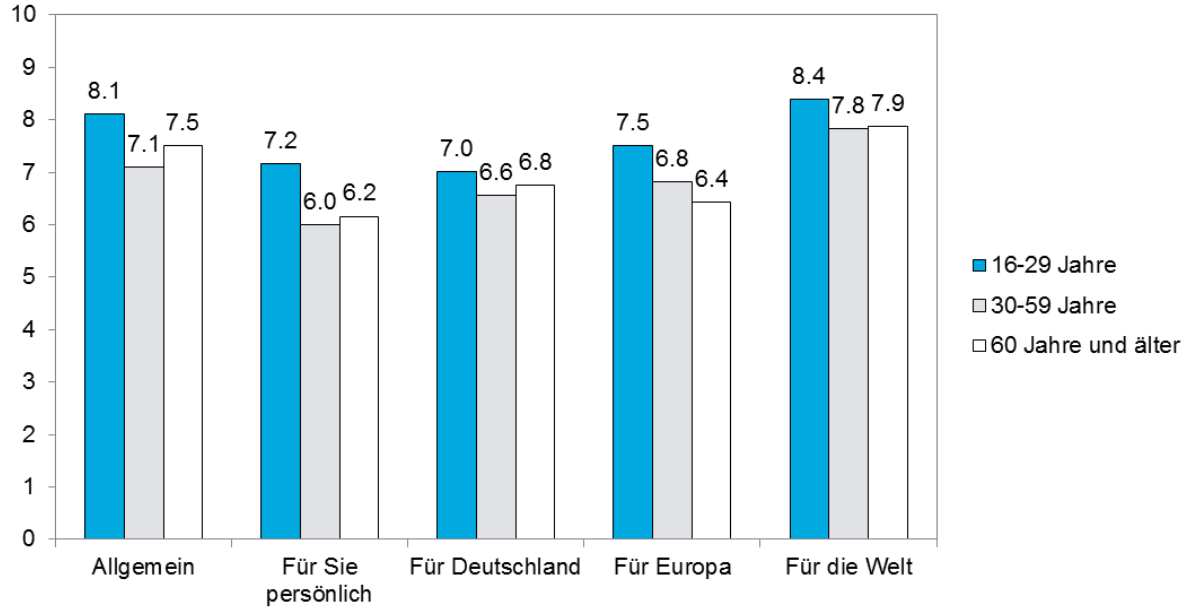
Drittens zeigen unsere Ergebnisse, dass es zwar nach wie vor keine Mehrheit für die Einführung einer CO2-Steuer gibt, da diese lediglich von 35 Prozent der Befragten ausdrücklich unterstützt wird. Allerdings sprechen sich auch nur 39 Prozent der Befragten explizit *gegen* die Einführung einer CO2-Steuer aus. Die öffentliche Meinung stellt also ein deutlich geringeres Blockadepotenzial dar, als bisher vermutet wurde. Bei dieser Frage gehen die Ansichten von Anhängern der politischen Parteien allerdings deutlich auseinander: Insbesondere Anhänger der CDU/CSU, der FDP und der AfD stehen der Einführung einer CO2-Steuer eher ablehnend gegenüber. Diese Heterogenität der Einstellungen und die zu Tage tretenden Konfliktlinien zwischen Jung und Alt sind vermutlich eine Erklärung für das bisher sehr zögerliche Handeln der Politik.

## 2. Wahrgenommene Bedrohung durch den Klimawandel

Die Ursachen und Folgen des anthropogenen Klimawandels sind räumlich und zeitlich entkoppelt. Das bedeutet, dass die Folgen des Klimawandels zwar auch für heutige Generationen in Deutschland spürbar sind, aber andernorts ungleich weitreichender sind und für zukünftige Generationen ungleich schwerwiegendere Probleme verursachen werden. Während der Klimawandel also in vielen Erdregionen schon lange sichtbare Folgen zeigt, nehmen extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen oder Überschwemmungen in den letzten Jahren auch in Deutschland zu. Damit stellt sich die Frage, ob der Klimawandel als Bedrohung wahrgenommen wird und inwiefern seine Folgen als etwas geografisch weit Entferntes oder räumlich unmittelbar Bedrohliches gesehen werden. In einem Befragungsexperiment haben wir die Befragten des German Internet Panel einschätzen lassen, ob Sie den Klimawandel als Bedrohung sehen. Dabei wurde zufällig bei jedem Befragten eine von vier räumlichen Qualifizierungen („für Sie persönlich“, „für Deutschland“, „für Europa“ oder „für die Welt“) ergänzt. Eine fünfte Gruppe (Kontrollgruppe) erhielt keine dieser Vorgaben. Die Befragten sollten die wahrgenommene Bedrohung auf einer Skala von 0 („überhaupt keine Bedrohung“) bis 10 („extreme Bedrohung“) einschätzen. Es zeigt sich, dass die durchschnittliche wahrgenommene Bedrohung mit zunehmender räumlicher Entfernung steigt (Abbildung 1). Die Bedrohung für die eigene Person wird niedriger eingeschätzt als für Deutschland, Europa oder die Welt. Die Kontrollgruppe, die keine räumliche Angabe erhielt, schätzt die Bedrohung ähnlich hoch ein wie die Befragten, die nach der Bedrohung für die gesamte Welt befragt wurden. In Deutschland wird der Klimawandel also durchaus als eine Bedrohung wahrgenommen, allerdings vor allem als eine globale Bedrohung, die den persönlichen Nahbereich deutlich weniger betrifft.

Generationale Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung sind hier besonders ausgeprägt (Abbildung 1). Die jüngste Befragtengruppe (zwischen 16 und 29 Jahren) hat eine signifikant höhere Bedrohungswahrnehmung als die älteren Befragten. Der größte Unterschied zeigt sich bei der wahrgenommenen persönlichen Bedrohung. Diese ist bei den jüngsten Befragten 1,2 Skalenpunkte höher als bei der nächstälteren Gruppe. Für Jugendliche und junge Erwachsene hält die Bedrohung der Welt insgesamt wie auch ihrer eigenen persönlichen Zukunft großes klimapolitisches Frustrationspotenzial bereit – nicht überraschend, da sie es sind, die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sein werden.

**Abbildung 1: Wahrgenommene Klimabedrohung nach räumlicher Distanz und Altersgruppen**




*Fragetext*: „Inwiefern sehen Sie den Klimawandel als Bedrohung … (1) für Sie persönlich, … (2) für Deutschland; … (3) für Europa; …(4) für die Welt; (5)…?“ Antwortskala: „0 überhaupt keine Bedrohung“ bis „10 extreme Bedrohung“.

*Erläuterung*: Jeder Befragte erhielt nur eine der fünf Fragequalifizierungen. Diese wurden den Befragten zufällig zugeteilt.

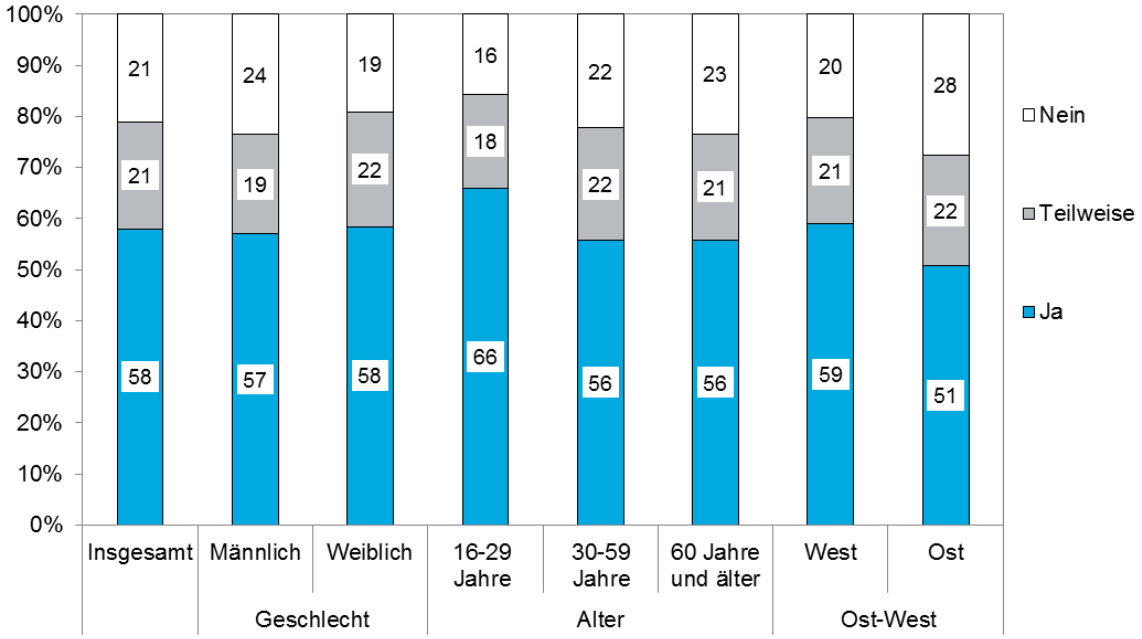
Im Hinblick auf Geschlechterunterschiede finden wir, dass weibliche Befragte eine leicht stärkere Bedrohungswahrnehmung haben als männliche Befragte (bspw. bei der Kontrollgruppe 0,5 Skalenpunkte; Persönlich: 0,2, Deutschland: 0,5; Europa: 0,8; Welt: 0,3). Gleichfalls zeigen sich durchaus starke Ost-West Unterschiede, wobei die Bedrohung durch den Klimawandel in Ostdeutschland im Mittel niedriger eingeschätzt wird als in Westdeutschland. So liegt die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung in Ostdeutschland mit 5,6 nur knapp über dem Skalenmittel von 5 und ist damit 0,8 Skalenpunkte niedriger als in Westdeutschland (6,4).

# 3. Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung

## 3.1. Verständnis für die Anliegen der Bewegung

Der öffentliche Diskurs zur jungen Klimabewegung ist teilweise sehr polarisiert und von kontroversen Debatten geprägt. , um die Schul- oder Klimastreiks entspinnt sich mittlerweile eine kontroverse Debatte. Auf der einen Seite wurde SchülerInnen unterstellt, mit den Klimastreiks nur die Schule schwänzen zu wollen, populistisch zu agieren, oder schlicht nicht über die notwendige Sachkenntnis zu verfügen. Auf der anderen Seite fanden die Proteste und die Anliegen der Bewegung auch große Unterstützung. Welchen Rückhalt haben die jungen KlimaaktivistInnen in der Bevölkerung? Mehr als die Hälfte der Befragten zeigt Verständnis für die Klimastreiks der SchülerInnen. Dieser Wert ist vergleichbar mit einer Umfrage im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends im März, bei der eine knappe Mehrheit von 55 Prozent Demonstrationen währen der Schulzeit „in Ordnung“ findet. In der GIP-Befragung im Mai äußern nur 21 Prozent der Befragten kein Verständnis für die „Fridays for Future“-Bewegung (siehe Abbildung 2). Dabei zeigen sich keine Geschlechter-, jedoch deutliche Altersunterschiede. So ist das Verständnis mit 66 Prozent unter der jüngsten Gruppe der Befragten am größten und zehn Prozentpunkte höher als bei den älteren Befragten. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich eine um acht Prozentpunkte höhere Unterstützung in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland. Insgesamt stellen wir fest, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Proteste der Jugendlichen positiv bewertet und deren Einsatz für den Klimaschutz unterstützt.

**Abbildung 2: Verständnis für Freitagsdemonstrationen nach Geschlecht, Alter und Region**




*Fragetext:* „Seit mehreren Monaten demonstrieren in Deutschland freitags Schülerinnen und Schüler unter dem Motto „Fridays for Future“ während der Schulzeit für mehr Klimaschutz. Manche stehen diesen Demonstrationen kritisch gegenüber, andere finden es gut, dass die Jugendlichen protestieren. Haben Sie Verständnis für die Freitagsdemonstrationen der Schülerinnen und Schüler gegen den Klimawandel?“ Antwortkategorien: „Ja, voll und ganz; eher ja; teilweise; eher nein; Nein, ich habe kein Verständnis dafür.“

## 3.2. Tatsächliche und prospektive Teilnahme an den „Fridays for Future“-Protesten

Die „Fridays for Future“-Demonstrationen wurden zu Beginn vor allem von SchülerInnen initiiert und getragen. Hat sich dies verändert und ist die Jugend- zu einer Massenbewegung geworden? Eine repräsentative Befragung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung während der Freitagsproteste am 15. März in Berlin und Bremen zeichnet ein sehr differenziertes Bild der Teilnehmenden.[8] Diese sind im Schnitt eher weiblich und jung und haben oder streben einen höheren Bildungsabschluss an. Der Anteil an SchülerInnen liegt laut dieser Studie bei lediglich 40 Prozent in Berlin und 60 Prozent in Bremen. Eine Protestbefragung unter SchülerInnen und Studierenden am 15. März in Konstanz fand eine ähnliche sozialstrukturelle Zusammensetzung der Protestierenden.[9] Bei einer Wiederholung der Studie hat sich der Anteil der Studierenden von 13 Prozent im März auf 30 Prozent im Mai mehr als verdoppelt. Im Rahmen der GIP-Erhebung (deren Format Befragungen erst ab einem Mindestalter von 16 Jahren erlaubt) berichten etwa 5 Prozent der Befragten von einer Teilnahme an Freitagsprotesten.[10] Unter der Gruppe der 16- bis 29-jährigen liegt der Anteil bei 12 Prozent (30-59 Jahre: 4 Prozent, älter als 60 Jahre: 3 Prozent). Wir finden jedoch keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf Geschlecht oder Region.

Ob man an Freitagsprotesten teilnehmen möchte oder kann, hängt neben den individuellen Präferenzen auch stark am jeweiligen Kontext. Eine Teilnahme ist möglicherweise aufgrund der beruflichen Situation oder großer Entfernungen zum nächsten Protest nur schwer möglich. Deswegen haben wir nach der Bereitschaft gefragt, an Protesten teilzunehmen, falls eine Demonstration in der Nähe des jeweiligen Wohnortes stattfinden würde. Diese prospektive Teilnahme verweist auf ein durchaus hohes Mobilisierungspotential von 12 Prozent der Befragten, die „auf jeden Fall“ teilnehmen würden, sowie immerhin 36 Prozent, die „wahrscheinlich“ teilnehmen würden (Abbildung 3). Die Teilnahmebereitschaft ist bei Frauen tendenziell höher als bei Männern, unterscheidet sich jedoch nicht zwischen Ost- und Westdeutschland. Die prospektive Teilnahme ist bei der jüngsten Altersgruppe am höchsten. Insgesamt würden 55 Prozent der 16- bis 29-jährigen „wahrscheinlich“ oder „auf jeden Fall“ an Protesten teilnehmen. Bei den 30- bis 59-jährigen ist die Bereitschaft fast 10 Prozentpunkte niedriger. Bei den über 60-jährigen würden immerhin 51 Prozent „wahrscheinlich“ oder „auf jeden Fall“ teilnehmen. Der Zusammenhang zwischen Altersgruppe und Teilnahmebereitschaft ist somit U-förmig.

Insgesamt verweisen die Ergebnisse zur prospektiven Teilnahme auf das hohe Mobilisierungspotenzial und damit auch die hohe gesellschaftliche Unterstützung für die „Fridays for Future“-Bewegung. Allerdings muss man einschränkend hinzufügen, dass aus der bloßen Absichtserklärung an einer Demonstration teilnehmen zu wollen, natürlich noch nicht zwin-

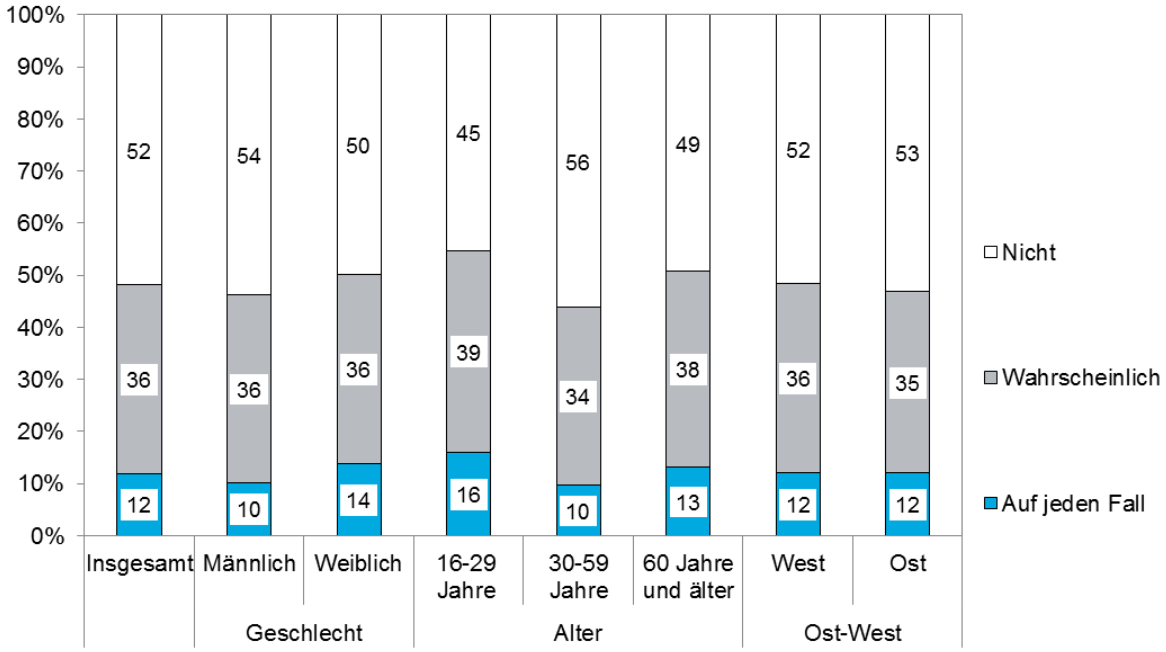
[8] Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. 2019. Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper series, 2/2019. Berlin: ipb.

[9] Koos, S. (2019). Klima-Aktivismus von jungen Menschen, Ergebnisse einer Befragung unter den Teilnehmenden am „Fridays for Future“-Schulstreik in Konstanz, 15. März 2019.

[10] „Neben Schülerinnen und Schülern nehmen mittlerweile auch andere Menschen an den Demonstrationen teil. Haben Sie selbst in den vergangenen sechs Monaten an einer der Demonstrationen gegen den Klimawandel teilgenommen?“

gend eine tatsächliche künftige Teilnahme abzuleiten ist.[11] Sympathie für eine Bewegung, ja selbst die feste Absicht, an einer Demonstration teilzunehmen, sind zunächst einmal nur Maße für ein Potenzial in der Bevölkerung. Anders ausgedrückt, zeigt das Ergebnis der Befragung vorerst nur, wieviel Luft die Bewegung noch nach oben hat. Unter der jüngsten Befragtengruppe ist dieses Potenzial sicher am höchsten, wäre doch sogar eine leichte Bevölkerungsmehrheit durchaus bereit, in Zukunft an Protesten teilzunehmen, wenn diese in der Nähe des Wohnortes stattfinden würden. Die Teilnahmebereitschaft zeigt, dass die „Fridays for Future"-Bewegung große gesellschaftliche Unterstützung erfährt und über ein beachtliches Mobilisierungspotenzial auch bei Älteren verfügt.

**Abbildung 3: Prospektive Protestteilnahme**




*Fragetext:* „Würden Sie in nächster Zeit an einer solchen Klima-Demonstration teilnehmen, wenn diese in der Nähe Ihres Wohnortes stattfindet?" Antwortkategorien: „Ich würde auf jeden Fall an einer Klima-Demonstration teilnehmen. Ich würde wahrscheinlich an einer Klima-Demonstration teilnehmen. Ich würde nicht an einer Klima-Demonstration teilnehmen."

# 4. Einfluss der „Fridays for Future"

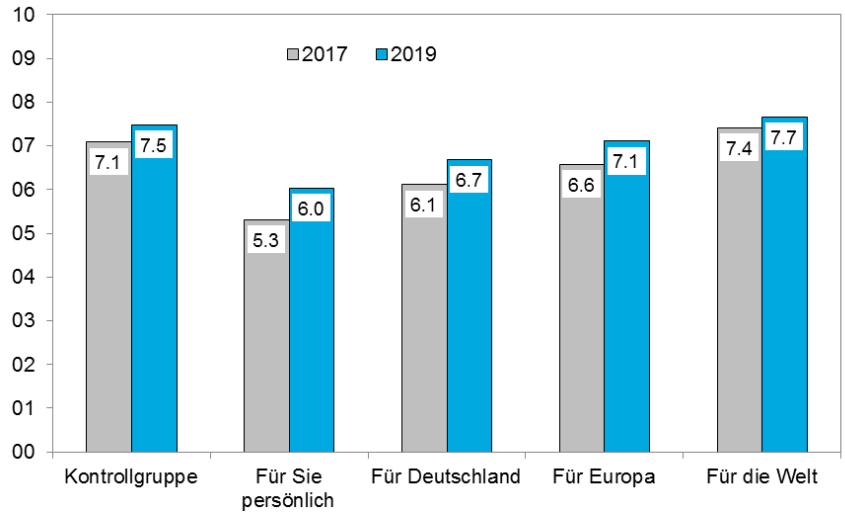
## 4.1. Einfluss auf Bedrohungswahrnehmung

Die „Fridays for Future"-Bewegung hat in den wenigen Monaten ihres Bestehens den Klimawandel ins Zentrum des öffentlichen Diskurses gerückt. Hat sie auch die Wahrnehmung des

[11] Oegema, D., & Klandermans, B. (1994). Why social movement sympathizers don't participate: Erosion and nonconversion of support. American Sociological Review, 59(5), 703-722.

Klimawandels als Bedrohung beeinflusst? Die in Abschnitt 2 erläuterten Fragen zu Bedrohungswahrnehmung wurden im Rahmen des GIP auch schon 2017 erhoben, so dass wir hier die Veränderung der Bedrohungswahrnehmung analysieren können. Insgesamt können wir zeigen, dass die wahrgenommene Bedrohung unabhängig von jeweiliger geografischer Unterscheidung zugenommen hat (siehe Abbildung 4). Die stärkste Zunahme beobachten wir jedoch im Bereich der persönlichen Betroffenheit. Hier findet sich ein deutlicher Anstieg von 5,3 auf 6 Skalenpunkte (+ 0,7).

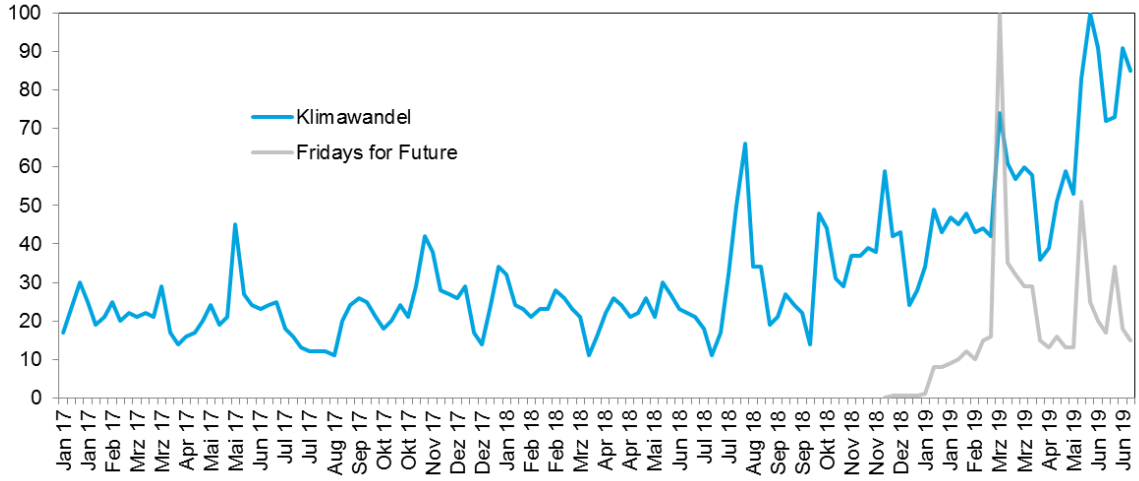
**Abbildung 4: Anstieg der wahrgenommenen Bedrohung durch den Klimawandel zwischen 2017 und 2019**




*Fragetext*: „Inwiefern sehen Sie den Klimawandel als Bedrohung … (1) für Sie persönlich, … (2) für Deutschland; … (3) für Europa; …(4) für die Welt; (5)…?“ Antwortskala: „0 überhaupt keine Bedrohung“ bis „10 extreme Bedrohung“.
*Erläuterung*: Jeder Befragte erhielt nur eine der fünf Fragequalifizierungen. Diese wurden den Befragten zufällig zugeteilt. Vergleich der Ergebnisse von Mai 2017 und Mai 2019.

Nun stellt sich die Frage: Inwieweit lässt sich das auf den Einfluss der „Fridays for Future“-Bewegung zurückführen? Auf Basis der GIP-Daten gibt es darauf keine eindeutige Antwort. Eine Auswertung der Suchhäufigkeit des Begriffes „Klimawandel“ über Google zeigt, dass Informationen zum Klimawandel während der internationalen Klimastreiks im März und Mai besonders stark nachgefragt wurden.[12] Es scheint daher plausibel, dass die Mobilisierung durch die „Fridays for Future“ neben anderen Faktoren – beispielsweise dem heißen Sommer 2018 – einen Einfluss auf den Anstieg der wahrgenommenen Bedrohung durch den Klimawandel hatte. Sicherlich führte aber auch umgekehrt die stärker wahrgenommene Bedrohung durch den Klimawandel zu einer Mobilisierung vieler SchülerInnen. Zwischen stärkerer Bedrohungswahrnehmung und Mobilisierung besteht vermutlich ein Wechselspiel, in welchem sich beide wechselseitig verstärken.

**Schaubild 5: Relative Suchhäufigkeit nach den Begriffen „Klimawandel“ und „Fridays for Future“ von Januar 2017 bis Juni 2019 in Deutschland**




*Quelle:* Google Trends, eigene Darstellung.

## 4.2. Unterstützung für eine CO2-Steuer

Durch menschliche Aktivitäten freigesetzte Treibhausgase (wie z.B. CO2) sind eine wichtige Ursache für den Klimawandel.[13] Entsprechend sollte die Begrenzung und Reduzierung des CO2-Ausstoßes eine zentrale Rolle bei der Klimapolitik spielen. Eine Möglichkeit zur Reduzierung der CO2-Produktion ist die Einführung einer Steuer auf dessen Emission. Eine solche Steuer ist auch eine zentrale Forderung der „Fridays for Future“-Bewegung. Die Einführung einer CO2-Bepreisung wurde kürzlich auch von den „Wirtschaftsweisen“ (dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)[14] und vom Bundesverband der Verbraucherzentrale unterstützt. In beiden Stellungnahmen wird auf die hohe Bedeutung der sozialen Akzeptanz einer solchen Steuer verwiesen. Nun sind Steuern politische Steuerungsinstrumente, die im öffentlichen Diskurs meistens negativ konnotiert sind und entsprechend diskutiert werden. Es stellt sich also die Frage: Verhindert die öffentliche Meinung die Einführung einer CO2-Steuer? Oder anders herum gewendet: Inwiefern findet die Einführung einer CO2-Steuer Unterstützung in der deutschen Bevölkerung?

Um den Befragten eine möglichst realistische Bewertung der CO2-Steuer zu erlauben, werden wir in unserer Fragestellung recht konkret. Wir benennen einen Preis von 180,- € je Tonne CO2-Emission, was den Forderungen der „Fridays for Future“ und den in den Gutachten genannten Zielvorstellungen für 2030 entspricht. Wir weisen darauf hin, dass dadurch viele Alltagsgüter wie Lebensmittel, Reisen und Benzin teurer werden würden. Wir machen jedoch keine Angaben über die Verwendung der eingenommenen Steuern, und ob diese an die VerbraucherInnen zurückfließen. Entsprechend erwarten wir eher geringere Zustimmungswerte und vermuten, dass die Zustimmung sogar höher sein könnte, wenn der Preis

[13] J. Cook, et al, "Consensus on consensus: a synthesis of consensus estimates on human-caused global warming," *Environmental Research Letters* Vol. 11 No. 4, (13 April 2016

[14] https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2019.html

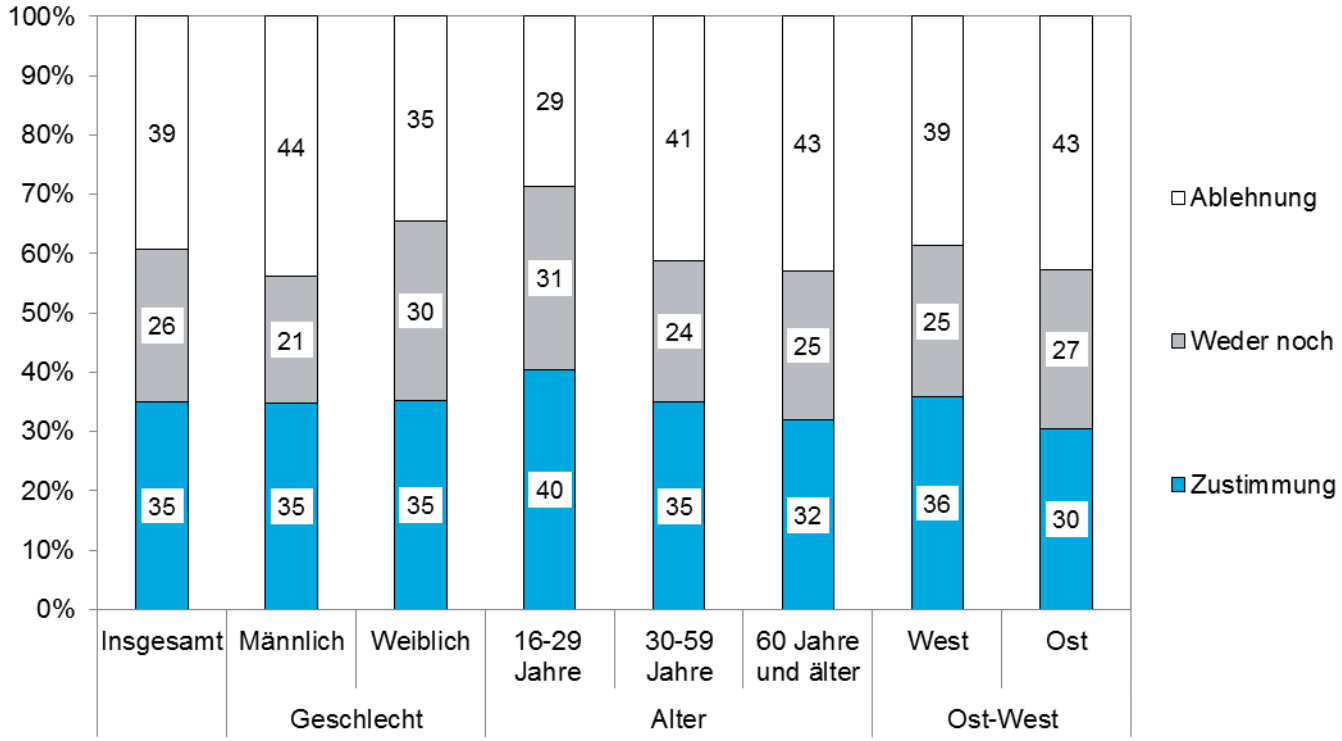
niedriger angesetzt werden würde, oder aber wenn Angaben über die Verwendung der Steuern gemacht würden.

Unsere Auswertung zeigt, dass etwa 35 Prozent der Befragten die CO2-Steuer unterstützen (Abbildung 7). Dieser Wert ist vergleichbar mit den Ergebnissen des ARD-Deutschlandtrends (Mai 2019), bei dem 34 Prozent für eine CO2-Steuer waren. Sie ist auch recht nah an den Ergebnissen einer Studie der Verbraucherzentrale (vzbv, Mai 2019), bei der sich 28 Prozent für eine CO2-Steuer aussprechen, wenn diesen in den Staatshaushalt fließen. In der vzbv-Studie steigt die Zustimmung allerdings auf 66 Prozent, wenn angenommen wird, dass die Steuereinnahmen an die privaten VerbraucherInnen zurückgegeben werden.

In unserer Studie lehnen 39 Prozent der Befragten eine CO2-Steuer ab, während ein nicht unerheblicher Anteil von 26 Prozent der Befragten einer solchen Steuer weder zustimmt noch sie ablehnt. Im Unterschied zu den genannten, etwa zeitgleich durchgeführten Studien geben wir den Befragten auch die Möglichkeit, eine Mittelkategorie („weder – noch“) auszuwählen, um anzugeben, dass sie weder für noch gegen die Einführung der CO2-Steuer sind. Diese Mittelkategorie spiegelt den doch hohen Anteil derjenigen wider, die noch keine klare Präferenz im Hinblick auf eine CO2-Steuer haben. Für diese Unsicherheit kann es verschiedene Gründe geben, etwa dass die individuellen Belastungen durch eine CO2-Steuer nicht klar abschätzbar sind, oder dass die genaue Verwendung der Steuereinnahmen unklar ist. In jedem Fall erscheint die Abfrage der Einstellungen zur CO2-Steuer ohne eine Mittelkategorie die tatsächliche Ablehnung zu überschätzen.

Abbildung 7 zeigt auch, ob sich die Einstellungen zur CO2-Steuer nach Geschlecht, Alter und Wohnort unterscheiden. Unter den Unterstützern gibt es keinen deutlichen Geschlechterunterschied, sehr wohl aber bei denjenigen, die der Steuer ablehnend gegenüber stehen: Männliche Befragte äußern sich deutlich häufiger ablehnend (44 Prozent) als weibliche Befragte (35 Prozent), die eher zur Mittelkategorie neigen. Auch das Alter spielt eine große Rolle; die Unterstützung für eine CO2-Steuer ist am stärksten in der Gruppe der 16- bis 29-jährigen, hier wird die Steuer von 40 Prozent unterstützt und von nur 29 Prozent abgelehnt. Mit zunehmendem Alter nehmen die Unterstützung ab und die Ablehnung zu. Die CO2-Steuer findet tendenziell stärkere Unterstützung in West- als in Ostdeutschland. Die Ergebnisse verweisen erneut auf eine sichtbare Spaltung zwischen den Generationen.

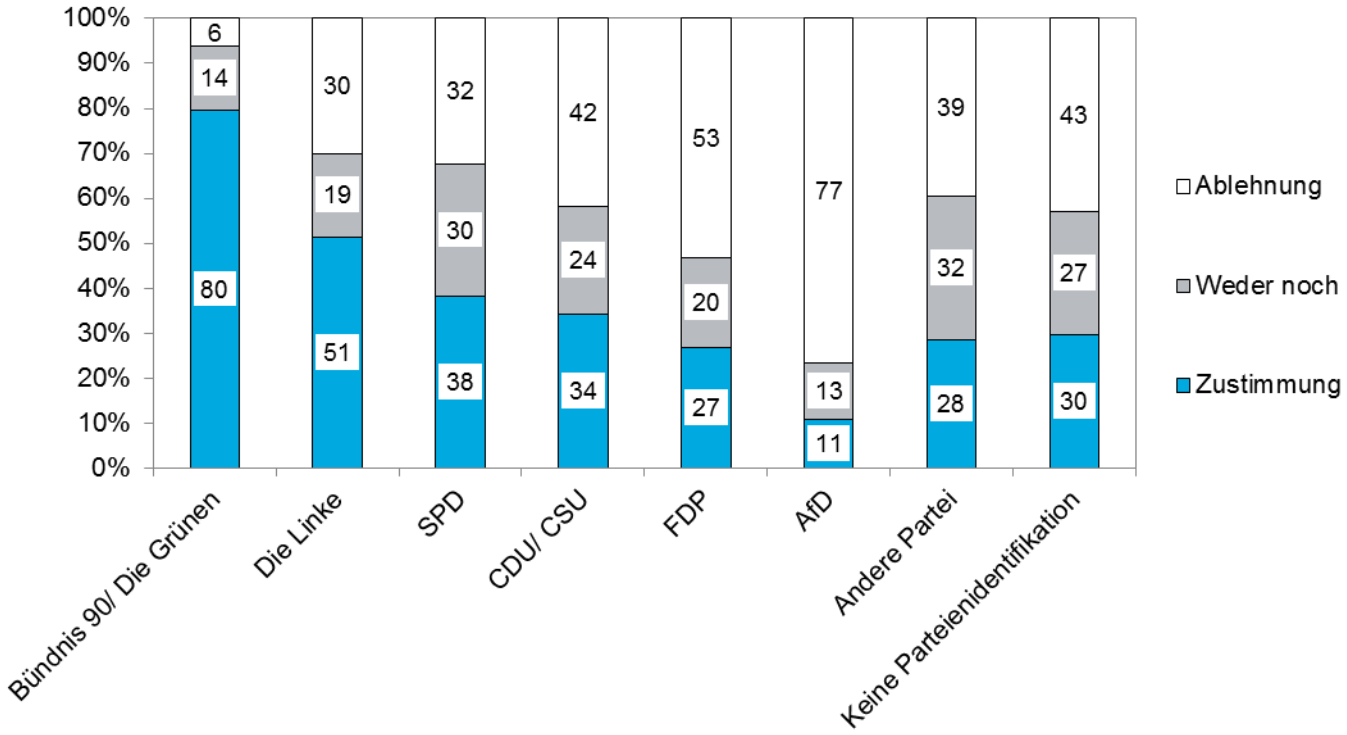
**Abbildung 7: Unterstützung für die Einführung einer CO2-Steuer nach Geschlecht, Alter und Region**




*Fragetext*: „Die Schülerinnen und Schüler der „Fridays for Future"-Bewegung haben einen Forderungskatalog ausgearbeitet. Die Forderungen zielen auf die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, welches die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen will. Unter anderem wird gefordert, eine Steuer von 180,- € für jede Tonne CO2-Emission einzuführen. Dies würde viele Lebensmittel und Alltagsgüter, aber vor allem Reisen und Autofahren deutlich teurer machen. Lehnen Sie die Einführung einer CO2-Steuer ab oder stimmen Sie dieser zu?" Antwortkategorien: „Stimme ich voll zu; stimme ich ein bisschen zu; stimme weder zu noch lehne ich sie ab; lehne ich ab; lehne ich stark ab."

Die Zustimmung zur CO2-Steuer unterscheidet sich auch deutlich im Hinblick auf die Parteiidentifikation der Befragten (Abbildung 8). Während 80 Prozent der Grünen-WählerInnen die CO2-Steuer unterstützen, finden sich bei der AfD nur 11 Prozent, die diese Politik mittragen. Auch bei Die Linke ist die Unterstützung mit 51 Prozent sehr ausgeprägt. In der SPD finden sich etwas mehr (38 Prozent) UnterstützerInnen als Befragte, die eine solche Emissionsbepreisung ablehnen. In der CDU und CSU sprechen sich etwas mehr Befragte gegen die CO2-Steuer aus als dafür. Sowohl SPD- (30 Prozent) als auch CDU/CSU-Anhänger (24 Prozent) zeigen aber die größte Unentschlossenheit im Hinblick auf die Einführung einer C02-Steuer. Eine Mehrheit der FDP-WählerInnen lehnt eine zusätzliche Steuer ab. Die parteipolitische Analyse zeigt also ein klares Bild, wobei etwa ein Viertel der WählerInnen der Volksparteien und diejenigen ohne eine klare Parteienidentifikation noch keine klare Präferenz im Hinblick auf die Einführung einer CO2-Steuer äußern können. .

**Abbildung 8: Unterstützung für die Einführung einer CO2-Steuer nach Parteiidentifikation**




*Hinweis:* Die Parteiidentifikation wurde aus einer früheren Erhebung zugespielt.

Hier zeigt sich ein weiteres zentrales Problem bei der Einführung einer Emissionsbepreisung per CO2-Steuer: Abhängig von der Parteiidentifikation sind die Befragten hier deutlich für, dort ausgesprochen gegen eine solche Maßnahme. Die Politikwissenschaftliche Forschung kennt zwei Bedingungen, unter denen die öffentliche Meinung Politikgestaltung stark beeinflussen kann:[15] Erstens muss das Thema große öffentliche Aufmerksamkeit erhalten („loud politics“ im Gegensatz zu „quiet politics“), und zweitens muss es einen breiten öffentlichen Konsens über Politikziele geben, damit diese von den politischen Akteuren aufgenommen werden. Ist das nicht der Fall, haben zum Beispiel die Anhänger der Parteien deutlich unterschiedliche Meinungen, dann ist zu erwarten, dass die regierenden Parteien sich nur an den Meinungen ihrer jeweiligen Wählerschaft orientieren. Der laute Protest, die große mediale Resonanz und die breite Unterstützung der „Fridays for Future“ zeigen, wie zentral der Klimaschutz für die Gesellschaft derzeit ist. Die eher geringe Zustimmung und vor allem die ausgeprägte Ablehnung der WählerInnen der CDU/CSU sind daher sicherlich ein wichtiger Grund für die zögerliche Haltung der Regierung bei der Einführung einer CO2-Steuer.

## 4.3. Veränderung des Lebensstils

Der individuelle Lebensstil und das damit verbundene Konsumverhalten sind eng verbunden mit der Emission von Treibhausgasen. Globale Lieferketten, individuelle Mobilität und Mas-

[15] Busemeyer, Marius R., Julian L. Garritzmann, und Erik Neimanns (forthcoming) A Loud, but Noisy Signal? Public Opinion, Parties, and Interest Groups in the Politics of Education Reform in Western Europe. Cambridge University Press.

senkonsum tragen ursächlich zum anthropogenen Klimawandel bei. Neben politischen Veränderungen sind somit auch Veränderungen des persönlichen Lebensstils ein wichtiger Beitrag für mehr Klimaschutz. Die Befragung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin und Bremen zeigt, dass die ProtesteilnehmerInnen in Anpassungen des eigenen Lebensstils einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Klimakrise sehen.[16] Inwieweit hat die „Fridays for Future"-Bewegung dazu beigetragen, dass Befragte auch im Privaten Veränderungen anstoßen, um das Klima zu schützen?

Wir haben in unserer Studie danach gefragt, inwiefern die Befragten seit Anfang 2019 beispielsweise durch Verzicht auf Fleisch oder Flugreisen ihren Lebensstil verändert haben, um das Klima zu schützen. Ein beachtlicher Teil der Befragten berichtet von Veränderungen des eigenen Lebensstils (siehe Abbildung 9). Insgesamt 18 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihren Lebensstil „viel" oder „sehr viel" verändert haben. Weitere 40 Prozent haben „etwas" verändert und 42 Prozent der Befragten geben an, ihren Lebensstil nicht oder kaum verändert zu haben. Bei weiblichen Befragten ist die berichtete Bereitschaft, für den Klimaschutz etwas im eigenen Konsumverhalten zu verändern, ausgeprägter als bei männlichen Befragten. Im Hinblick auf die Altersgruppen zeigen sich nur leichte Unterschiede zwischen den Befragten. Die Jüngsten und die Ältesten setzen im Vergleich zu Gruppe der 30 bis 59-jährigen etwas stärker auf nachhaltigen Konsum. Im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland sind weitreichende Veränderungen nahezu gleich häufig, lediglich kleinere Veränderungen werden in Westdeutschland häufiger berichtet.

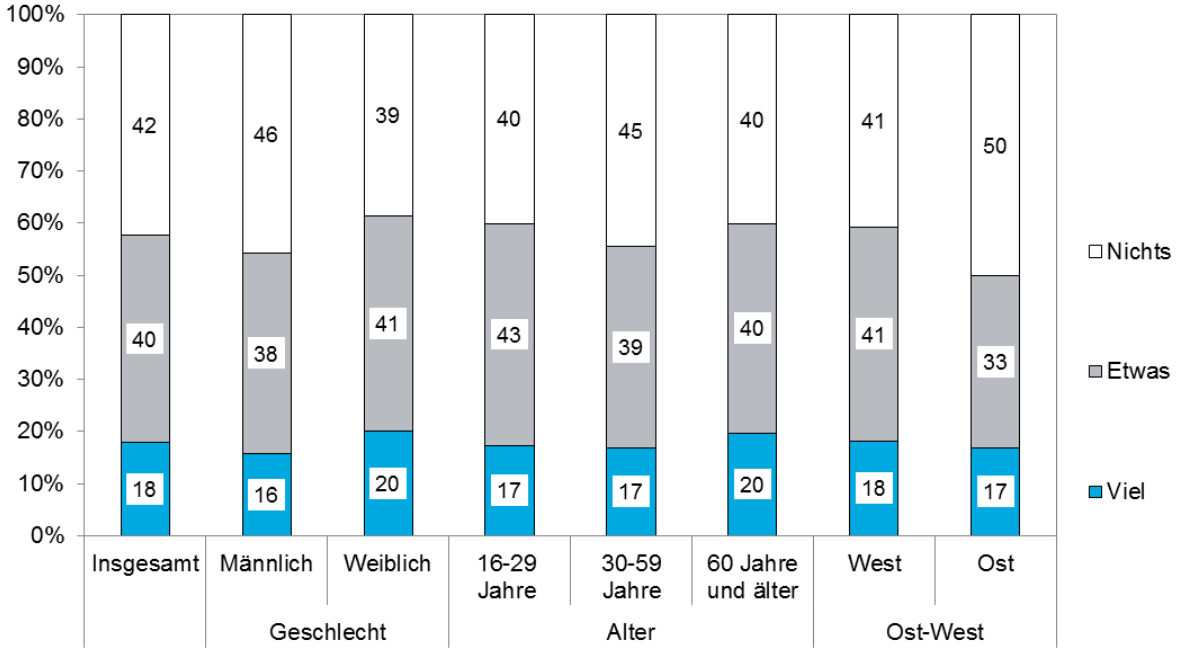
Auf Basis unserer Frage lässt sich natürlich nicht abschätzen, wie weitreichend oder wie langfristig die berichteten Veränderungen sind, und die soziale Erwünschtheit, sich umweltgerecht zu verhalten, könnte das Antwortverhalten zusätzlich beeinflussen. Frühere Studien zeigen: Selbst berichtetes und tatsächliches Verhalten korrelieren zwar, aber der Anteil der Befragten, die ihre tatsächliche Verhaltensänderung nicht richtig angeben, ist recht hoch[17]. Allerdings zeigen methodische Studien, dass es keine systematische Tendenz gibt, beim selbst berichteten umweltfreundlichen Verhalten zu übertreiben. Neben Befragten, die falsch angeben, dass sie ihr Verhalten geändert haben, gibt es auch den umgekehrten Fall von Befragten, die falsch angeben, dass sie ihr Verhalten *nicht* geändert haben.[18] Dennoch zeigt sich, dass die „Fridays for Future"-Bewegung auch im Privaten Veränderungen angestoßen hat. Klimabewusste Lebensstile und damit ökologisch nachhaltige Konsummuster haben zugenommen. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse auch, dass ein substanzieller Anteil der Befragten von keinen Veränderungen des Lebensstils berichtet.

[16] Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. 2019. Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper series, 2/2019. Berlin: ipb.

[17] Kormos, C., & Gifford, R. (2014). The validity of self-report measures of proenvironmental behavior: A meta-analytic review. Journal of Environmental Psychology, 40, 359-371.

[18] Milfont, T. L. (2009). The effects of social desirability on self-reported environmental attitudes and ecological behaviour. The Environmentalist, 29, 263-269.

**Abbildung 9: Wandel des eigenen Lebensstils für mehr Klimaschutz seit Anfang 2019**




*Fragetext*: „Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, fordern die Jugendlichen auch den eigenen Lebensstil zu verändern. Das heißt beispielsweise, auf Flugreisen zu verzichten oder weniger Fleisch zu essen. Haben Sie seit Anfang 2019 Ihren Lebensstil verändert, um das Klima zu schützen?“ Antwortkategorien: „Sehr viel; viel; etwas; ein wenig; überhaupt nicht“. Ein wenig und überhaupt nicht wurden zu nichts zusammengefasst.

# 5. Zusammenfassung und Fazit

Die „Fridays for Future“-Bewegung hat innerhalb von wenigen Monaten den Klimaschutz in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Wir haben untersucht, ob die junge Klimaschutzbewegung nachhaltige gesellschaftliche und politische Veränderungen bewirken kann. Auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des German Internet Panel haben wir mehrere Fragen gestellt: Inwiefern wird der Klimawandel in Deutschland als Bedrohung wahrgenommen? Welche Unterstützung hat die „Fridays for Future“-Bewegung in der Bevölkerung? Haben die Proteste das Bewusstsein für den Klimawandel als eine Bedrohung geschärft, und lässt sich in der Bevölkerung eine Tendenz hin zu mehr klimafreundlichem Verhalten und zu weitreichenderen klimapolitischen Maßnahmen erkennen?

Unsere Auswertungen zeigen erstens, dass der Klimawandel durchaus als Bedrohung wahrgenommen wird, jedoch eher als eine weltweite und weniger als eine persönliche Gefahr. Zweitens äußert die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Verständnis für die „Fridays for Future“-Klimastreiks. Während die aktuellen TeilnehmerInnen der Klimaproteste mehrheitlich Jugendliche sind, ist altersunabhängig etwa die Hälfte der Befragten bereit, sich an zukünftigen Demonstrationen zu beteiligen. Die gesellschaftliche Unterstützung ist also groß: Hier könnte eine breitere gesellschaftliche Klimabewegung entstehen. Drittens zeigen wir, dass sich in den letzten zwei Jahren die Wahrnehmung des Klimawandels geändert hat. Dieser wird zunehmend als eine Bedrohung gesehen, die in immer größerem Maße Deutschland und jeden persönlich betrifft. Viertens zeigen wir, dass die jungen Klima-AktivistInnen auch

Einfluss auf die private Lebenswelt ausüben, so dass mehr als die Hälfte der Befragten ihren persönlichen Lebensstil verändert haben, um dem Klimawandel entgegenzuwirken

Schließlich zeigen unsere Ergebnisse, dass die deutsche Bevölkerung in Bezug auf konkrete politische Maßnahmen noch eher unentschlossen ist. Befürworter und Gegner einer CO2-Steuer halten sich in etwa die Waage, und es gibt mit 26 Prozent der Befragten doch ziemlich Viele, die sich weder eindeutig für noch eindeutig gegen eine CO2-Steuer aussprechen. Bei der Ausgestaltung und Vermittlung jeder konkreten Maßnahme zur Emissionsbepreisung geht es also auch darum, diese Unentschlossenen von deren Sinnhaftigkeit zu überzeugen und so Akzeptanz herzustellen.

Unsere Auswertungen legen nahe, dass die Wahrnehmung des Klimawandels und die Einstellungen zum Klimaschutz von teils recht stark ausgeprägten Konflikten zwischen Jung und Alt und zwischen Anhängern verschiedener Parteien geprägt ist. Junge Befragte zeigen ein deutlich größeres Verständnis für die Klimaproteste als ältere Befragte und nehmen den Klimawandel sehr viel stärker als eine persönliche Bedrohung wahr. Politische Instrumente wie die Einführung einer CO2-Steuer finden ebenfalls die größte Unterstützung unter jungen Befragten. Bei der Frage der Emissionsbepreisung treten zudem deutliche Unterschiede zwischen den Wählern verschiedener Parteien zu Tage. Während die AnhängerInnen linker Parteien eine CO2-Steuer unterstützen, stehen WählerInnen konservativer oder eher rechter Parteien dieser eher ablehnend gegenüber. Diese unterschiedlichen Ansichten und Konflikte zwischen Alt und Jung und insbesondere zwischen Parteianhängern verhindern bisher weitreichende politische Maßnahmen, auch wenn die Beteiligten sich der Probleme zunehmend bewusst sind. Die Politik wird von konservativen, eher älteren PolitikerInnen dominiert. So finden vor allem die Interessen der älteren, eher konservativen WählerInnen Beachtung. Die Forderungen der *Fridays For Future*-Bewegung dagegen finden zwar Gehör, die Bundesregierung zeigt bisher jedoch wenig Willen eine nachhaltige Klimapolitik auch umzusetzen.

Bitte zitieren als:

Sebastian Koos und Elias Naumann (2019): *Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung und ihrer Ziele*. Forschungsbericht. Konstanz: Universität Konstanz.
http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1jdetkrk6b9yl4